



## Neoliberalismus und AfD

*Björn Oellers*

Zitation: Oellers, Björn (2018): Neoliberalismus und AfD, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2018 bei [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de), Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Wenn es darauf ankommt, „den Neoliberalismus als die durchgängige Ideologie der rechtsradikalen Parteien nachzuweisen“ (Schui et al. 1997: 17), so bieten sich heute genügend aktuelle Beispiele. Die Parteien der neuen Rechten verbinden die Inhalte neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassungen mit Elementen der traditionellen Rechten. Es geht ihnen um eine Verbindung von Marktwirtschaft und Volk, von Wettbewerb und Nation, von internationalem Handel und Heimatverbundenheit. Eine solche Verbindung stellt kein Paradox dar. Denn weder handelt es sich beim Neoliberalismus um eine Apologie des Laissez-Faire – dass in der neoliberalen Lehre „der Staat der Wirtschaft freien Lauf lassen soll“ (Urban 2006: 139) ist ein Irrtum –, noch ist die neoliberale Lehre frei von jenen Inhalten, die die Gesellschaftsbilder und politischen Forderungen der rechten Parteien kennzeichnen. Mehr noch bildet der Neoliberalismus eine Basis, auf der diese Parteien ihre Programme entwerfen können. Neoliberalismus und völkisches Weltbild haben große Gemeinsamkeiten. Dies lässt sich an der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) belegen. In ihrem Grundsatztprogramm (2016) und Wahlprogramm (2017) finden sich sowohl Elemente neoliberalen als auch völkischen Charakters. Zwar mag dies verschiedenen Flügeln und Strömungen der erst 2013 gegründeten Partei zuzuschreiben sein, doch stehen diese Elemente keineswegs unvermittelt nebeneinander, sondern bilden ein ideologisch weitgehend übereinstimmendes und zusammenhängendes Ganzes. Dies wird in den folgenden Ausführungen belegt. Nach Einleitendem zum Neoliberalismus wird der autoritäre Gehalt der neoliberalen Lehre Friedrich August von Hayeks aufgezeigt. Dann werden die Inhalte und Struktur des AfD Wahlprogramms untersucht und abschließend die Verbindung aus neoliberalen Ideen und Programmen der AfD dargestellt.

## Neoliberalismus

Das Bekenntnis zum Markt und zum Wettbewerb bei gleichzeitigem Bezug auf völkische Kategorien ist möglich durch einen autoritären Gehalt, der kennzeichnend für die neoliberale Lehre ist. Ihre Entstehung liegt in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zu den führenden neoliberalen Autoren zählen Friedrich August von Hayek (1899-1992), Walter Eucken (1891-1950) und Milton Friedman (1912-2006), die zugleich Vertreter bedeutender Richtungen des Neoliberalismus sind: der österreichischen Schule, des Ordoliberalismus, des Monetarismus. Ihren internationalen Siegeszug in der praktischen Regierungspolitik tritt die neoliberale Lehre in Folge der Ende der 1960er-Jahre einsetzenden Krise an (vgl. Stapelfeldt 2015): 1978 mit der Regierungsübernahme durch Margaret Thatcher in Großbritannien, 1981 mit Ronald Reagan in den USA, 1982 mit der Regierung Helmut Kohl in der BRD. Das Programm wird in den 1990ern fortgeführt durch die Regierungen Bill Clinton in den USA (1993-2001) und Tony Blair in Großbritannien (1997-2007) sowie die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder (1998-2005).

In diese Zeit fallen zahlreiche nachhaltige Wahlerfolge neuer rechter Parteien in Europa. Einige Beispiele sind: der französische Front National (Wahlerfolge ab 1985), die norwegische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei) (ab 1989), Fidesz - Magyar Polgári Szövetség (Ungarischer Bürgerbund) (ab 1990), die italienische Lega Nord (ab 1992), die Dansk Folkepartie (ab 1998), die polnische Prawo i Sprawiedliwość/PiS (Recht und Gerechtigkeit) (ab 2001), die niederländische Partij voor de

Vrijheid (ab 2006), Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten) (ab 2006), Perussuomalaiset (Wahre Finnen) (ab 2007), die Alternative für Deutschland (ab 2014).

Die Programmatik der AfD zeichnet sich dadurch aus, dass sie Nationalismus und Xenophobie mit Bekenntnissen zu internationaler Marktwirtschaft und Wettbewerb verbindet. Zum einen knüpft sie bekennend an die neoliberale Lehre an. Im Grundsatzprogramm von 2016 etwa werden neoliberale Theoretiker und Praktiker und ihre Positionen als positive Vorbilder aufgeführt:

*„Anknüpfend an unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates plädieren wir im Bereich Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Ehrhard umgesetzt wurde. Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle. (...) Den Außenhandel will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische Wirtschaftsordnung.“ (67)*

Damit ist jedoch kein Kosmopolitismus gemeint. Denn zum anderen ist im Grundsatzprogramm (2016) und im Wahlprogramm (2017) vom „Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland“ (2016, 2017: 8), von einem „Abstammungsprinzip“ (2016, 2017: 32) und einer „deutschen Leitkultur“ (2016: 47, 2017: 32) die Rede.

Die Verbindung aus Bekenntnis zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb und deutscher Leitkultur ist möglich aufgrund eines autoritären Gehalts der neoliberalen Lehre. Während zum Liberalismus die Ideen von Gleichheit, Freiheit, Kosmopolitismus gehören (vgl. Stapelfeldt 2006), kennzeichnet den Neoliberalismus die Ablehnung solcher Ideen und die Forderung nach Unterordnung und nach Ausübung von Zwang. Dieser autoritäre Gehalt tritt deutlich hervor in den Schriften Friedrich August von Hayeks (1899-1992), der zu den zentralen und einflussreichsten neoliberalen Theoretikern zu zählen ist.

### **Die neoliberale Lehre Friedrich August von Hayeks**

Seine Lehre ist inhaltlich eine Sammlung von Dogmen. Hayek gibt selbst an, dass die Verteidigung der Freiheit, die er als Zweck seiner Lehre nennt, „dogmatisch“ sein müsse (1982: 63). Zum anderen entspricht dies seiner erkenntnistheoretischen Voraussetzung, nach der Gesellschaft irrational und also nicht erkennbar ist. Folglich geht Hayek von einem „Antirationalismus“ (1960: 87) aus. Ist Gesellschaft nicht erkennbar, so sind keine Theorien oder begrifflich fundierte Aussagen über sie möglich. Eine Thematisierung der Gesellschaft geschieht dann durch normative Sätze, eben Dogmen.

Das Dogmensystem entwickelt Hayek in Abgrenzung zu seinem Bild des Nationalsozialismus, den er beim Namen nimmt, damit als Sozialismus begriffen und mit Stalinismus gleichgesetzt. Die autoritären Gehalte des von Hayek abgelehnten „Kollektivismus“ (1944: 56) kehren jedoch in seiner Lehre wieder. Sie formuliert ein politisch-ökonomisches Pro-

gramm, das den autoritären Charakter der zeitgenössischen Verhältnisse aufgreift, aber nicht aufklärt (vgl. Oellers 2017). Die Dogmen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1.) Der Mensch ist von Natur aus faul. Um den Menschen zur Aktivität zu bewegen, bedürfe es „der Strafen für Nachlässigkeit“ (1944: 163). Ein Auskommen für alle sei nur durch eine „Art von freiwilligem Arbeitsdienst nach militärischen Richtlinien“ (ebda: 165) möglich.

2.) Die Menschen müssen sich an die gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen. Sie haben sich den unpersönlichen Kräften des Marktes, den irrationalen Gesellschaftsstrukturen zu unterwerfen (1944: 254). Denn beim Fortschritt handele es sich um einen „gesellschaftlichen Evolutionsprozeß“ (1981: 38), der Anpassung erfordere.

3.) Soziale Ungleichheit bedeutet einen unverzichtbaren Antrieb für gesellschaftliche Entwicklung (1944: 136; 1960: 54 f.). Ohne soziale Ungleichheit gebe es weder Fortschritt noch gesellschaftlichen Wohlstand. Es bedürfe reicher Eliten, um Luxus für alle zu ermöglichen, denn sie hätten sich durch „selektive Ausmerzung“ (1960: 34) durchgesetzt und sollen die „Masse“ (ebda: 156) führen.

4.) Der Rationalismus will „alles demenschlichen Verstand unterwerfen“ (1960: 47). Der Verstand aber sei beschränkt, ein Anspruch auf gesellschaftliche Erkenntnis und Gestaltung ist folglich aufzugeben. Es bedarf eines „Antirationalismus“ (1960: 87).

5.) Wohlfahrt bedeutet Zwang. Sie sei „eine Bedrohung der Freiheit“ (1960: 329) und

laufe letztlich auf eine „Befehlswirtschaft“ (ebda: 298) hinaus.

6.) Solidarität und soziale Verantwortung führen zu gesellschaftlichen Konflikten und zu Krieg (1960: 124, 377). Sie hätten nicht nur den Effekt, „unsere Gefühle abzustumpfen“ (1960: 103), sondern sie könnten nicht international sein (ebda: 124). Denn als internationales Prinzip wäre Solidarität nicht praktikabel, weil dann nicht erfüllbare Ansprüche gegen die reichen Länder erhoben würden.

7.) Freiheit bedeutet Konformität. Freiheit sei nur durch „freiwillige Konformität“ (1960: 78), durch ein „Sich-fügen“ (ebda: 79) möglich. Diejenigen, die sich nicht freiwillig fügen, gelten Hayek als „schmarotzende Aussteiger“, die ihre „Rechtsansprüche“ verloren haben (1988: 163).

So ist Hayeks Lehre durch Dogmen geprägt. Dogmen aber sind nicht argumentativ belegbar, sie sind unbewiesene Behauptungen. Sie sind, wie er selbst angibt, die Angelegenheit eines „Glaubensbekenntnis“ (1960: 85).

Damit ist Hayeks Lehre in mehrerer Hinsicht autoritär. Sie ist es bereits ihrer Struktur nach: Dogmen müssen durchgesetzt werden. Zur Durchsetzung bedürfen sie einer starken Instanz – in Hayeks Vorstellung letztlich der Staat. Da sie sich dem rationalen Zugang entziehen, setzen sie auch keinen argumentativen Zugang voraus. Diejenigen, denen Dogmen auferlegt werden, sind der Lehre nach keine vernünftigen Wesen, denn sie müssen den normativen Leitsätzen folgen. Die Menschen können die Dogmen nur glauben oder nicht. Der Nichtglaube aber ist in dieser Lehre nicht vorgesehen. Er wird in

Hayeks Ausführungen auch nicht toleriert, wie die Rede von den Schmarotzern deutlich macht. Autoritär ist die Lehre auch ihrem Inhalt nach. Denn gefordert werden Anpassung, Konformität, Sich-fügen, soziale Ungleichheit, Elitenförderung, Utopielosigkeit, gesellschaftlicher Analphabetismus.

Autoritär ist schließlich die Zielsetzung von Hayeks Lehre. Fortschritt soll um jeden Preis erreicht werden. Wer nicht mitmachen will, darf freiwillig militärischen Arbeitsdienst verrichten (s. erstes Dogma). Es soll allgegenwärtigen Wettbewerb geben und es sollen „sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können“ (Hayek 1981: 38). Sprich: Die anderen dürfen verhungern. Das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gilt es nach Hayek um jeden Preis zu erhalten, selbst wenn dies Einschränkung der Freiheit und Gewalt gegen Einzelne und ganze „Völker“ (ebda.) bedeutet.

Die neoliberale Lehre Hayeks bedeutet zudem Atomisierung und Anti-Utopie. Die Menschen sollen einzeln als Individuen handeln, sie sollen vereinzelte Marktteilnehmer sein, die sich einzig auf allgemeingültige gesetzliche Regeln stützen, nicht auf kollektives Handeln. Eine Utopie mag jeder haben, jedoch darf es keine gesellschaftliche Bewegung geben, die eine Utopie verfolgt. Insbesondere die Idee einer gerechten Gesellschaft, einer sozialen Gerechtigkeit verwirft Hayek. Es gibt in seiner Lehre nichts, was die Menschen verbinden würde außer ihrer Mitgliedschaft in der laut Hayek besten aller Welten.

Die Menschen sollen sich damit abfinden, dass sie durch den Markt beherrscht werden,

durch abstrakte Kräfte und Verhältnisse. Eine solche Herrschaft aber ruft eine Reaktion hervor: „Menschen, die von Abstrakta beherrscht werden (von „der Wirtschaft“, „den Märkten“, „der Politik“) entwickeln einen unstillbaren, regressiven Hunger nach der Ersetzung solcher Abstrakta durch Konkrete.“ (Dahmer 2017) Solcher Hunger nach Konkrete richtet sich – insbesondere in Krisenzeiten – auf Ideen von Zusammenhalt und Gemeinschaft. Diese Ideen werden geboten in Form eines Volks oder einer Rasse, d.h. über den offenen positiven Bezug auf völkische Kategorien – dies bieten offen faschistische Parteien und Organisationen. Oder sie wird geboten über die Abgrenzung gegen ein Äußeres, durch Unterscheidung vom Fremden – diese Funktion erfüllt die AfD. Die AfD richtet sich gegen ein solches Äußeres. Sie ist für Wettbewerb und gegen Globalisierung, sie meint deutsche Wirtschaftsinteressen auf der einen Seite und das Fremde, bzw. die Fremden: Flüchtlinge und Migranten auf der anderen. Dies lässt sich exemplarisch am Wahlprogramm der AfD zeigen.

## Die Programme der AfD

Interessant an den Programmen der AfD (2016, 2017) sind zunächst die Hauptthemen: Demokratie in Deutschland, der Euro, Außen- und Sicherheitspolitik, innere Sicherheit, Asyl und Zuwanderung, der Islam, Kinder und Familie, Bildung. Es zeigt sich ein Fokus auf Sicherheit, nationale Identität, Migration.

Zur Themenwahl und -reihenfolge kommt, dass das Wahlprogramm der AfD (2017)

durch eine Zweiteilung gekennzeichnet ist. Im Vordergrund stehen Feindbilder und kritisierte Missstände, die das im Wahlprogramm enthaltene Selbstverständnis der Partei prägen. Im Hintergrund steht eben dieses Selbstverständnis, das sich aus den Feindbildern erschließt. Dabei wird den Feindbildern nicht durchgehend ein positiver Entwurf entgegengestellt. Sondern das Positive, d.h. das, wofür die Partei eintritt, erschließt sich ex negativo, nämlich aus einem im Festhalten des Kritisierten Vorausgesetzten, Eigentlichen. Dies wird bereits in den ersten Abschnitten des Wahlprogramms deutlich. Genannt werden konkrete Feindbilder: unbegleitete, minderjährige männliche Flüchtlinge. Weitaus zahlreicher jedoch sind die unkonkreten und nicht belegten Feindbilder, u.a.: ein Kollektiv (7), eine Allmacht der Parteien (9), die politische Korrektheit (9), ein „Meinungsdiktat(s) in allen öffentlichen Diskursen“ (9), der Islam (34), die „Gender-Ideologie“ (40 f.). Ihre Vielzahl und Eigenart lässt den Eindruck entstehen, dass die AfD Mitglieder sich von Gefahren, von Verfall und Zerstörung umgeben und bedroht sehen. Es entsteht die Frage, was genau bedroht ist, wem die Gefahren lauern, was zerfällt und zerstört wird. Die Antworten im Programm hierauf lauten: der Staat (31), das deutsche Volk (8 f.), deutsche Interessen (17 f.), die deutsche Gesellschaft (34), Europa (14), die Werteordnung (34), eine „natürliche(n) Geschlechterpolarität“ (41), nicht zuletzt: „unser Bargeld“ (15).

So definiert sich die AfD in Abgrenzung zu Feindbildern: Es gibt das Andere, das Schlechte, und die AfD will sich nicht nur gegen das Andere und Schlechte wehren,

sondern ruft zum Kampf gegen es auf. Gegeben sind so unmittelbar Gefahren und Bedrohungen, ihnen gegenüber steht etwas Gefährdetes, Bedrohtes, das es zu beschützen gilt und das durch die Beschreibung der Gefahren definiert wird. Die Charakterisierung der Feindbilder hilft also verstehen, wofür – und nicht nur wogegen – die AfD eintritt, welches Selbst- und Gesellschaftsverständnis in ihrem Programm zum Tragen kommt.

Die Bedrohungen kommen einmal aus der BRD selbst, zum anderen kommen sie von außen. Innerhalb der BRD macht die AfD folgende Gefahren aus: ein drohendes oder vorhandenes „Kollektiv“ (7), „Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität“ (7), eine „Oligarchie“ (8), eine „Allmacht der Parteien“ (9). Zum anderen wird eine mit diesen Gefahren verbundene politische Programmatik kritisiert. Es ist die Rede von einer „freiheitsbeschränkenden „politischen“ Korrektheit“ (9) und davon, dass „Umerziehungsprogramme“ (41) und das „ideologische Experiment der Frühsexualisierung“ (41) die Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen indoktrinieren. Zu den weiteren Problemen zählt das Programm „Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die geschlechterneutrale Sprache“ (40). Hinzu kommen etwa eine „ideologisch motivierte Inklusion“ (44) und „planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen“ (45). Auf dem Gebiet der Regierungspolitik sieht die AfD eine „unverantwortliche Zuwanderungspolitik“ (56) oder eine „ideologisch geleitete Verkehrspolitik“ (69) am Werk. Auf der gesellschaftlichen Ebene kritisiert sie eine „Verengung der deut-

schen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ (48).

Diese aus den deutschen Parteien, Institutionen und dem gesellschaftlichen Klima resultierenden Probleme der AfD muten jedoch gering an im Vergleich zu den Gefahren, die der BRD laut Wahlprogramm von außerhalb drohen. Zum einen sind dies der Präsident der Europäischen Zentralbank „Gouverneur Draghi“ (14), die Europäische Zentralbank selbst sowie der Euro. Zum anderen jedoch sind die – nach ihrer Prominenz im Wahlprogramm zu urteilen – weitaus größten Bedrohungen der Gesellschaft der BRD der Islam und „Ausländer“ (25). So ist die „Ausbreitung des Islam“ eine „große Gefahr“ (34). Die AfD hält kurz und knapp fest: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (34). Folglich ist sie gegen Minarette und den Ruf des Muezzin (35), denn diese gehören zum „religiösen Imperialismus“ (35), hinter dem nicht namentlich aufgeführte „Islamische Staaten“ (34) stehen. Laut Parteiprogramm ist der Islam ein Kriegsgegner, es sei ein „Kulturkrieg“ (34) im Gange, ein „Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam“ (47). So droht – laut Wahlprogramm der AfD – auf kulturellem und religiösem Gebiet der Islam.

Hinzu kommt eine soziale und ökonomische Bedrohung von außen durch „Ausländer“ (31). Die „Ausländer“, insbesondere Asylsuchende, werden dabei als große bedrohliche Masse dargestellt. Als größtes Problem erscheint Afrika, wo eine „Völkerwanderung“ im Gange und „rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen“ (28) zu verzeichnen seien. Die genannte Zahl macht deutlich: Es droht eine übermächtige Gefahr. Das Adjektiv

'wanderungswillig' suggeriert: Die Menschen handeln aus persönlichen Motiven, sie könnten sich anders entscheiden. Die Darstellung als Gefahr zeigt: Die 'wanderungswilligen' Menschen wollen an 'unserem' Reichtum teilhaben, sie sind „Armutszuwanderer“ (29). Die Ausdrucksweise ist die einer Panikmache. Sie unterstellt, dass die Gefahr nicht zu überschätzen sei und potenziell zum Ende der westeuropäischen Zivilisation führe, da die Migrantinnen und Migranten „unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren können“ (28). Es wird ein Untergangsszenario entworfen, ein Bild vom Ende des Abendlandes evoziert und es werden damit verbundene Ängste geschürt. Dies läuft zusammen in der Formulierung einer „Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und Zukunft“ (30). Glaubt man diesen Formulierungen, drängt sich der Eindruck auf, dass das Ende Westeuropas kurz bevorsteht: Es drohen gleich mehrere 'Explosionen' und 'Ströme', die Gefahr ist 'globalisiert': sie potenziert sich, und dies auf unabsehbare Zeit ('Gegenwart und Zukunft').

Die Konsequenzen für die deutsche Gesellschaft macht die AfD indes bereits heute aus. Ein Problem ist demnach die „Ausländerkriminalität“ (23). Es gebe einen „erhebliche(n) Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität“ (23). Durch die Armutsmigration komme es zu „massenhafte(m) Missbrauch des Asylrechts“ (30) und zu „astronomischen Kosten der Massenzuwanderung“ (31). Die dargestellte Problematik besteht nicht durch logischen oder empirischen Gehalt. Denn Belege gibt das Programm nicht. Auffallend ist eher, dass die Formulierungen

einen Appell an das Sicherheitsgefühl darstellen. Vermehrte Kriminalität bedroht die Sicherheit im Alltag, die Kosten bedrohen die soziale Sicherheit. Es werden Ängste vor sozialem Abstieg angerufen. Hinzu kommt, dass als ein großes Problem „unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer“ bezeichnet werden mit dem Zusatz: „Fast alle von ihnen sind männlich“ (31). Es sind offenbar nicht nur das Sicherheitsgefühl und Abstiegsängste, an die das Programm appelliert, sondern es wird unterstellt, dass Männer gefährlich sind und Flüchtlinge folglich eine Gefahr für Frauen in Deutschland darstellen. Andernfalls machte der aufgeführte Hinweis auf das Geschlecht keinen Sinn.

Diesen im Programm aufgeführten Gefahren stehen die Dinge gegenüber, die es laut AfD zu schützen gilt. Gefährdet ist demnach nicht nur die „christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker“ (11). Vielmehr geht es um „Deutschlands Gesellschaft“ (37), genauer um das „Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland“ (8), gemeint ist das „deutsche Volk“ (8 f.). So geht es der AfD um „Selbsterhaltung (...) unseres Staates und Volkes“ (28). Dies soll geschehen, indem spezifische „deutsche Interessen“ (17) mehr Beachtung finden. Diese deutschen „Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen“ (21) sind vorwiegend ökonomischer Art: „Deutschland ist als eine der bedeutenden Wirtschaftsnationen der Welt daran interessiert, zu allen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der Völker zu fördern“ (18). Es sind die Wirtschaftsbeziehungen, Absatzmärkte für die deutsche Exportindustrie, die Profitmöglichkeiten für deutsche Unternehmen gemeint, wenn „eine an deutschen Inte-

ressen ausgerichtete Außenpolitik" (18) gefordert wird. Deutsche Interessen in der Außenpolitik beachten heißt „Förderung der Außenwirtschaft“ und die „Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher deutscher Interessen“ (20).

Auffallend ist hier der häufige Gebrauch des Adjektivs deutsch. Dieses bezieht sich nicht auf eine Staatsbürgerschaft, die allen in Deutschland Geborenen zukäme. Denn die AfD will das „Geburtsortsprinzip (...) wieder aus dem Gesetz streichen“ (2017: 32). Letztlich ist der Bezugspunkt für den Gebrauch des Adjektivs deutsch ein durch „Abstammungsprinzip“ verbundenes Volk mit einer „Heimat“ und einer „deutschen Leitkultur“ (32). So spricht die AfD vom „Erhalt des eigenen Staatsvolks“ (37), von einer „einheimischen Bevölkerung“ und dem „Land unserer Väter und Mütter“ (37) mit einer „Nationalsprache“ (47). Die deutsche Leitkultur, so wird ausgeführt, „fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung“, die Nationalsprache wird als „das Herz einer Kulturnation“ bezeichnet (47). Die Wortwahl macht deutlich, was gemeint ist, wenn von „Ehe und Familie als staatstragendes Institut“ (40) die Rede ist: 'staatstragend' kann in dieser Sicht nur das 'Staatsvolk' sein, das wiederum nicht nur durch eine Nationalsprache, sondern – zentral für das diesbezügliche Verständnis – durch Abstammung definiert ist. Letztlich muss das 'Staatsvolk', die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Landes, aus Menschen mit deutscher Abstammung bestehen. Auch wenn sie nicht benannt wird, steht im Hintergrund die Idee einer deutschen Rasse. Nur so ergibt die Rede vom 'Abstam-

mungsprinzip', vom 'Staatsvolk', von der 'einheimischen Bevölkerung' und dem 'Land unserer Väter und Mütter' einen Zusammenhang.

Nun ist diese Position der AfD nicht einfach eine Wiederkehr nationalsozialistischer Ideen von Blut und Boden. Es ist nicht die Rede von der Eroberung von Lebensraum – oder von „raumorientierte(r) Volkswirtschaft“, wie es bei der NPD heißt (NPD 2013: 19) – von der Unterwerfung von Völkern oder Nationen, von der Überlegenheit einer Rasse über eine andere. Es wird nicht der kriegerische Kampf als Überlebensstrategie in einer feindlichen Welt beschworen, sondern das Medium des Erfolgs soll laut Wahlprogramm der Wettbewerb sein:

*„Grundlegende Elemente für eine prosperierende Wirtschaft sind für die AfD die Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte mit dem Gegenstück Haftung für das eigene Handeln, die Garantie des Privateigentums und der Marktpreis als Steuerungsmechanismus für wirtschaftliche Entscheidungen. Weitere wichtige Elemente sind die Sicherstellung von Wettbewerb auf den Märkten und die Verhinderung von marktbeherrschenden Stellungen sowie ein unbestechliches effizientes Rechtssystem, das Rechtssicherheit und Rechtsfrieden gewährleistet und nicht zuletzt auch Bürger gegen Übergriffe des Staates schützt.“ (53)*

So fordert die AfD „den diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen“ (20). Im Gegenzug soll es eine „Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern“ (21) geben. Gefordert wird zudem „die Gleichheit vor dem Gesetz“ und „die



Bewahrung einer freiheitlichen Privatrechtsordnung" (12). Gefordert wird auch, konform mit Hayek, die Abschaffung der Erbschaftsteuer, denn: „Die Übergabe von Vermögen (...) ist Privatangelegenheit" (51). Außerdem soll es eine Aufwertung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) (66) an Schulen geben, also von Fächern, die industriell verwertbares Wissen generieren. Darüber hinaus wird eine „ideologiefreie Forschung" (67) gefordert. Gemeint ist eine Forschung, die nicht an Ideen der sozialen Gerechtigkeit oder Menschenrechten orientiert ist, sondern am Erfolg im Wettbewerb.

Auf diese Weise ist ein Kennzeichen der Programmatik der AfD die Gegenüberstellung von Gefahren und Gefährdetem, Bedrohung und Bedrohtem. Die Gefahren haben bestimmbare Merkmale. Zum einen bestehen sie auf dem Gebiet von Glauben und Weltansicht: Islam und Ideologie. Zum anderen verbinden die AfD Programme sie mit konkreten Personen: Migrant(inn)en, Asylsuchenden. Die konkreten Personen haben in der Logik der Programme eine gemeinsame Eigenschaft: Sie sind Fremde, Zugezogene, sie gehören nicht eigentlich zum „Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland" (8). Zudem besteht eine Gefahr im internationalen Projekt der Europäischen Union, bzw. des Euro, für die AfD verkörpert in der Person des Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

So enthalten die Programme der AfD einen ausdrücklichen Bezug zur neoliberalen Lehre. Sie nennen führende Autoren neoliberaler Schriften als Vorbilder und enthalten Bekenntnisse zu Wettbewerb, Eigenverantwortung

und Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Ablehnung von Menschenrechten und von Ideen universaler sozialer Gerechtigkeit. Zum anderen besteht die Programmatik der AfD aus völkischen Ideen durch die explizite Abgrenzung eines deutschen Volkes von der äußeren Welt, insbesondere von bedrohlichen Einflüssen und imaginierten Gefahren.

Die zwei Elemente des Programms, das neoliberale und das völkische Gedankengut, stehen dabei nicht unvermittelt nebeneinander, sondern sie sind schlüssig miteinander verbunden. Die Verbindung ist möglich, da die neoliberale Lehre eine Grundlage bietet, auf der die diskriminierende völkische Weltansicht fußen kann. Dies lässt sich aufzeigen anhand der folgenden Verbindungen und Parallelen der neoliberalen Lehre Hayeks mit den Programmen der AfD.

## **Neoliberal völkische Programmatik**

Hayeks Dogma von der natürlichen Faulheit des Menschen wird im AfD Wahlprogramm auf die Migrant(inn)en, insbesondere aber auf Asylsuchende projiziert. In der Auffassung der AfD wollen Asylsuchende nur „unser Bargeld" (2017: 15) und sind generell „Armutszuwanderer" (ebda: 29). Ein Asylrecht widerspricht dem Bild von der Geschichte als „gesellschaftlichem Evolutionsprozeß" (Hayek 1981: 38). Wenn alle sich – wie Hayek ausführt – den unpersönlichen Kräften des Marktes anzupassen haben, macht ein Asylrecht keinen Sinn, da dieses die Menschen von der Anpassung abhielte. Konsequenterweise lehnt

die AfD ein allgemeines Asylrecht ab (2017: 28).

Hayeks Dogma, dass soziale Ungleichheit unabdingbar für gesellschaftliche Entwicklung sei, findet sich im Bekenntnis der AfD zum Wettbewerb und in ihrer Forderung nach Abschaffung der Erbschaftssteuer. Hayeks Ablehnung des Rationalismus, d.h. rationaler Erkenntnis, setzt die AfD programmatisch um: Argumente und Belege gibt sie für ihre Aussagen nicht. Ihre Programme haben populistischen Charakter: Wortwahl und Behauptungen sind ressentimentgeladen.

Aus Hayeks Ablehnung von Wohlfahrt und Solidarität und von sozialer Verantwortung hat die AfD eine nationalistische Konsequenz gezogen: das „Staatsvolk“ (2017: 37), die durch das „Abstammungsprinzip“ (ebda: 32) definierte Bevölkerung soll geschützt werden gegen solidarische Ansprüche von außen. Dass, wie Hayek angibt, Solidarität als internationales Prinzip nicht umsetzbar sei, weil dies nicht erfüllbare Ansprüche gegen reiche Länder nach sich zöge, findet sich in den Ausführungen der AfD über Flucht und Migration: „unverantwortliche Zuwanderungspolitik“ (2017: 56) bedeutet, dass die „astronomischen Kosten der Massenzuwanderung“ (ebda: 31) nicht tragbar seien, Solidarität also nicht praktikabel sei.

Nach Hayek darf es keine Idee einer besseren Gesellschaft geben, keine Menschenrechtsutopie, keinen Gedanken an eine soziale Gerechtigkeit. Diese würden in totalitäre Verhältnisse führen, sie seien ein *Weg zur Knechtschaft* (Hayek 1944). Auch für die AfD sind Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit keine positiven Bezugspunkte. Auf den

Begriff des Menschenrechts wird im Wahlprogramm lediglich zwei Mal Bezug genommen: einmal als Argument gegen Quotenregelungen (12), einmal als Argument gegen den „Islam“ (34). Wichtig sind ihr Ideologiefreiheit, deutsche Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen und der „Erhalt des eigenen Staatsvolks“ (37). Hayek gibt an, dass seine Lehre auf einem Glaubensbekenntnis beruht. Auch die AfD vermag die Welt nur so aufzufassen: Sie sieht sich durch eine Religion, den Islam, herausgefordert und durch „ideologische“ (2017: 41, 69) Politik bedroht.

Strukturell tragend ist in den AfD Programmen das Dogma Hayeks, dass die freie Gesellschaft irrational und unüberschreitbar und Konformität entsprechend notwendige Voraussetzung von Freiheit ist. Alle müssen konform denken und handeln, alle müssen freiwillig folgen, alle müssen den Wettbewerb als beste Existenzbedingung akzeptieren, um die *Verfassung der Freiheit* (Hayek) nicht zu gefährden. Nach Hayek müssen sich alle Menschen entscheiden: freiwillige Konformität oder Rechtlosigkeit, da ihm diejenigen, die sich dem Druck zum Mitmachen entziehen, als „schmarotzende Aussteiger“ ohne „Rechtsansprüche“ gelten (1988: 163). Insofern ist die neoliberale Lehre totalitär: Alles Nichtkonforme muss angepasst werden. Anders formuliert: Alles Nichtkonforme, alles Fremde ist eine Bedrohung. Die Weltsicht der AfD ist in ähnlicher Weise zweigeteilt: In ihr gibt es die deutsche Abstammung und die deutsche Leitkultur auf der einen Seite, die Gefahren auf der anderen: Globalisierung, Ausländer, Islam werden als fremd und als Bedrohung für Europa und insbesondere Deutschland dargestellt. Unterstellt wird,

dass es sich zum großen Teil um „Armutswanderer“ (29) handelt, d.h. um Menschen, die lediglich am Wohlstand teilhaben wollen, aber für den Wettbewerb nicht zu gebrauchen sind.

Hinzu kommt, dass Protest im Neoliberalismus nur konform möglich ist. Ohne Utopie, ohne die Idee einer anderen Gesellschaft ist ein Überschreiten der bestehenden Verhältnisse nicht möglich. Solche Utopien belegt Hayek mit einem Verdikt: Sie führten in totalitäre Verhältnisse. Die AfD zieht hieraus die Konsequenz. Eine Krisenerklärung gibt sie nicht. Sie befasst sich nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, nicht mit dem strukturell hergestellten Unterschied von Arm und Reich. Sie versteht soziale Unterschiede als natürliche Unterschiede, als unveränderbare Existenzbedingung. Ihr Protest ist systemkonform, er ist keiner Utopie, keiner Idee einer besseren Gesellschaft verpflichtet. Er ist von Angst vor dem Wohlstandsverlust und

vor dem Fremden getrieben und er ist autoritär.

Auf diese Weise enthält die Programmatik der AfD neoliberales und völkisches Gedankengut. Bei ihr gibt es eine Verbindung aus Wettbewerb und Staatsvolk, aus freiem Handel und Heimat, aus Rechtsstaat und deutschen Interessen. Sie wird ermöglicht, weil die neoliberale Lehre ihre Voraussetzungen dogmatisch verdrängt. Das Verdrängte ist jedoch, dies lässt sich aus der Freudschen Psychoanalyse lernen, nicht verschwunden, sondern es kommt wieder hervor. Im Fall Hayeks sind dies u.a.: Elitenherrschaft, „selektive Ausmerzung“ (1960: 34), Hierarchien, Arbeitsdienst, Gewaltphantasien. Im Fall der AfD gibt es: Xenophobie, Abstammungsprinzip, Krieg der Kulturen, Geschichte als Existenzkampf.

## Literaturverzeichnis

Dahmer, H. (2017): Fetisch „Identität“. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft. [https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Dahmer\\_Fetisch\\_Identitaet.pdf](https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Dahmer_Fetisch_Identitaet.pdf)

(04.01.2018)

Hayek, F. A. v. (1944): Der Weg zur Knechtschaft. München 1991: Bonn aktuell.

Hayek, F. A. v. (1960): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971: Mohr.

Hayek, F. A. v. (1981): „Ungleichheit ist nötig“. Wirtschaftswoche 11/1981: 36 -40.

Hayek, F. A. v. (1982): Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Tübingen 2003: Mohr.

Hayek, F. A. v. (1988): Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus. Tübingen: Mohr 1996.

Oellers, B. (2017): Konformität und Unterwerfung. Zum autoritären Charakter in der Lehre Hayeks. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft. [https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Konformitaet\\_und\\_Unterwerfung.pdf](https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Konformitaet_und_Unterwerfung.pdf) (21.09.2017)

Schui, H.; Ptak, R.; Blankenburg, S.; Bachmann, G.; Kotzur, D. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München: Knauer.

Stapelfeldt, G. (2006): Der Liberalismus. Die Gesellschaftstheorien von Smith, Ricardo und Marx. Freiburg: ça ira.

Stapelfeldt, G. (2010): Neoliberalismus – Autoritarismus – Strukturelle Gewalt. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität. Hamburg: Kovač.

Stapelfeldt, G. (2012): Neoliberaler Irrationalismus. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität II. Hamburg: Kovač.

Stapelfeldt, G. (2015): Antisemitismus im Neoliberalismus. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft. [https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Antisemitismus\\_im\\_Neoliberalismus.pdf](https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Antisemitismus_im_Neoliberalismus.pdf) (04.01.2018)

Urban, H.-J. (Hrsg.) (2006): ABC zum Neoliberalismus. Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«. Hamburg: VSA.

## **Programme**

AfD (Alternative für Deutschland) (2016): Grundsatzprogramm. <https://afd.de/grundsatzprogramm> [08.01.2018]

AfD (Alternative für Deutschland) (2017): Wahlprogramm. <https://afd.de/wahlprogramm> [08.01.2018]

NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) (2013): Arbeit, Familie, Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). <https://medien.npd.de/dokumente/parteiprogramm.pdf> [08.01.2018]